



Auf ein Wort

Agenda 2010 – Mut zur Veränderung

Das war das Motto des SPD-Parteitages am 01.06.2003 in Berlin. Olaf Scholz, der SPD-Generalsekretär, nennt diese Agenda im „vorwärts“ 6/2003 „ein (klares) Konzept und einen ehrgeizigen Fahrplan“.

Der Duden kennt den Begriff der Agenda auch und führt drei Bedeutungen an:

1. Schreibtafel, Notizbuch, Terminkalender
2. Zusammenstellung von zu erörternden Fragen
3. Buch für die Gottesdienstordnung

Wie auch immer, letztlich kommt es darauf an, um welche Inhalte und Ziele es in diesem Konzept oder in diesem Terminkalender oder in diesem Fahrplan geht.

Und da scheiden sich die Geister. Trotz 90-prozentiger Zustimmung auf roten und grünen Parteitag und Rückhalts in der Zweidrittel-Gesellschaft und des Beifalls aus den Reihen der Konservativen und Liberalen muss man diese Agenda kritisieren.

Professor Friedhelm Hengsbach, SJ., Sozialethiker an der Hochschule St. Georgen in Frankfurt, schreibt dazu in E & W 6/2003:

„Wer die so genannte Agenda 2010 getextet hat, muss von einem doppelten Cäsarenwahn befallen sein. Der eine Wahn besteht darin, die Kürzung der Sozialleistungen für einen geradlinigen Weg

aus der verfestigten Massenarbeitslosigkeit zu halten. Der größere Wahn ist indessen die Überzeugung, dieser Weg sei ohne Alternative.“ (...)

„Die Nötigung der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger stellt nicht zusätzliche Arbeitsplätze in Millionenhöhe bereit, der gelockerte Kündigungsschutz erzeugt kein Beschäftigungswunder, sondern tauscht sichere, angemessen entgeltete Arbeitsverhältnisse gegen prekäre und niedrig entlohnte aus. Die Selbstbeteiligung der Patienten beseitigt nicht die kollektiven Steuerdefizite des Gesundheitssystems. Das riskante Angebot zusätzlicher kommunaler Verschuldung ist kein Ersatz für eine föderale Finanzreform zu Gunsten der Kommunen.“ (...)

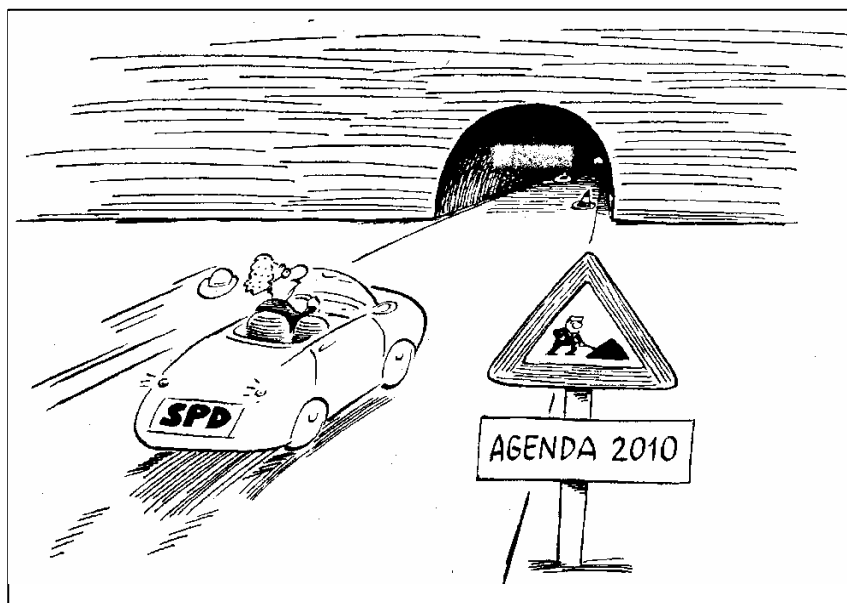
Professor Hengsbach stimmt in seiner Einschätzung mit der Position der Gewerkschaften und einer Minderheit aus der SPD überein. Das gilt übrigens auch für die Lösungswege, die er aufzeigt.

„Die gesellschaftliche Solidarität sollte nicht eingeschnürt, sondern gestärkt werden.“ (...)

„Die Finanzierung dieser erweiterten Solidarität darf nicht allein den Schultern der abhängig Beschäftigten aufgeladen werden. Nicht allein die Löhne, sondern alle Einkommens- und Vermögensarten sind gemäß der Leistungsfähigkeit der Wirtschaftssubjekte beitragspflichtig. Die progressive direkte Besteuerung mit einem Familiensplitting an Stelle des Ehegattensplittings ist solidarischer als die Mehrwertsteuer oder andere indirekte Steuern.“

Es ist zu hoffen, dass der Begriff Agenda 2010 nicht zum Unwort des Jahres wird.

Karl-Heinz Mrosek



Ruhrgebiets-Bildungsprojekte in Elementarbereich und Grundschule

Ruhrgebiets-Bildungsprojekte in Elementarbereich und Grundschule

Am 23. Juni 2003 führte der GEW-Landesverband eine bildungspolitische Veranstaltung durch. Diese Versammlung griff ein Forum vom 02.02.2000 auf, das die „GEW im Ruhrgebiet“ zum Thema Kinderarmut im Ruhrgebiet hier bei uns in Gelsenkirchen durchgeführt hatte. Damals nahmen teil die Städte Bochum – Bottrop – Castrop-Rauxel – Dortmund – Duisburg – Essen – Gelsenkirchen – Gladbeck – Herne – Mülheim – Oberhausen.

Auf der Veranstaltung am 23.06.2003 sollte nun geklärt werden, was aus den bildungspolitischen Forderungen, die im Februar 2000 als **Gelsenkirchener Manifest** verabschiedet wurden, geworden ist.

Erste Erkenntnis: Vom Aktionsbündnis waren nur noch die Städte Bottrop und Gelsenkirchen übrig geblieben. Aber hier konnte seitens der Gewerkschaft, seitens der Schulen, der Schulträger mit- samt ihren Kindergärten durchaus positive Arbeit aufgezeigt werden. Dieses ist sicherlich ein Verdienst unseres GEW-Stadtverbandsvorsitzenden, **Alfons Kunze**, und der Bottroper GEW, wobei hier vor allen Dingen der Kollege **Karl Keining** zu nennen ist. Es wurde deutlich, dass Sprachförderung nicht nur bei den „**armen Kindern**“, sondern auch bei **Kindern mit Migrationshintergrund** eine unverzichtbare Fördermaßnahme ist. Diese Erkenntnisse wurden durch die Untersuchungen PISA und IGLU noch einmal wissenschaftlich nachgewiesen. Der Schuldezernent der Stadt Gelsenkirchen, **Herr Dr. Beck**, referierte über die Situation der KiTas und der Grundschulen in Gelsenkirchen und ihre Perspektiven. Diesen Redebeitrag werden wir in dieser Zeitung dokumentieren. **Annegret Bever**, Leiterin eines Kinderhauses in Gelsenkirchen, hob auf die Förderung von Sprach- und Sozialkompetenz ab und berichtete von ihren Erfahrungen mit dem **Bielefelder Screening** und dem **Würzburger Programm**.

Gabriele Ihde (RAA) stellte die bilinguale Sprachförderung in Kindergärten mit hohem Ausländeranteil vor und **Angelika Morowska**, Kindergartenleiterin in Gelsenkirchen, berichtete über ihre Arbeit speziell mit Eltern (Vergabe eines Elterndiploms/Elternführerschein im Kindergarten).

Ulla Marell (Grundschulleiterin in Bottrop) zeigte auf, welche Konsequenzen ihre Schule aus dem Gelsenkirchener Manifest gezogen habe. Die Schule wolle eine Ganztagsgrundschule werden und zwar eine, bei der Rhythmisierung des Unterrichts möglich ist. Sie befürchtete jedoch, dass sie sich auf den Weg gemacht hätten, aber bezüglich der Vorgaben über die „offene Ganztagsgrundschule“ wohl auf der Strecke bleiben würden (siehe auch Seite 5).

Dagmar Kaplan von der Stadtverwaltung Bottrop erläuterte das „**Bottroper Modell**“. Hier geht es um die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen an der Nahtstelle des Übergangs. Sie zeigte die Möglichkeiten und Grenzen vom kommunalen Verwaltungshandeln gegen Bildungsbenachteiligung auf. Schließlich zeigte der Schuldezernent der Stadt Bottrop, Herr **Dr. Kreul**, auf, inwieweit Kleinraumforschung ein Instrument für zielgerichtetes Handeln in der Kommune sei. Diesen Praktikern und Praktikerinnen aus Schule, Verwaltung und Kindergarten standen dann die MdL **H. Frey** (SPD) und **M. Schlebusch** (CDU) sowie der Abteilungsleiter im MSJK, Herr **Klaus Schäfer**, gegenüber.

Die Forderungen, die sowohl vom Podium als auch vom Plenum kamen, dass diese Anstrengungen der Kommunen hier in der Emscher-Lippe-Zone auch finanziell und wissenschaftlich unterstützt werden sollten, wurden nicht aufgenommen, sondern abgeblüht.

Stattdessen verwies man auf das Modell „**offene Ganztagsgrundschule**“, das ja ab Schuljahr 2003/2004 möglich sei und in Gelsenkirchen auch in einer Schule, nämlich in der Grundschule „Am Schloss“ gefahren würde. In diesem Zusammenhang wurde auch noch einmal aus dem Plenum die Resolution der Personalversammlung vom 25. März 2003 aufgeführt (siehe Seite 6).

Falls Sie mit einer der Moderatorinnen bzw. einem der Moderatoren Kontakt aufnehmen wollen, ist das möglich über die Internetadresse von Karl Keining oder Alfons Kunze:

kkeining@compuserve.de
alfons.kunze@gew-nrw.de

Karl-Heinz Mrosek

Ruhrgebiets-Bildungsprojekte in Elementarbereich und Grundschule

Dr. Manfred Beck

Situationsbeschreibung und Entwicklungsperspektiven von KiTas und Grundschulen in Gelsenkirchen

Ich bin der Gelsenkirchener Bildungsgewerkschaft dankbar, dass sie die Initiative der Bundes-GEW aufgegriffen hat und sich mit der heutigen Veranstaltung am „Bildungstag“ der GEW beteiligt.

Neben der Mitgliedschaft in der GEW verbindet den lokalen Vorsitzenden Alfons Kunze und mich das Anliegen, die evidente Bildungsbenachteiligung von Kindern im strukturschwachen Ruhrgebiet zu bekämpfen.

Die Benachteiligung unserer Kinder muss immer wieder betont werden, weil ein Gegensteuern auf Landesebene bedeutet, Ressourcen bedarfsgerecht und regional differenziert einzusetzen. Allerdings weiß ich an diesem Punkt Klaus Schäfer an unserer Seite.

Andererseits ist bekannt, dass Wehklagen uns nicht voran bringt. Deshalb an dieser Stelle Eigenlob: Wir leisten im Ruhrgebiet im Bereich Bildung und Erziehung unter schwierigen Bedingungen an vielen Stellen eine hervorragende Arbeit, was für Externe, aber auch für die eigenen Köpfe, immer wieder betont werden muss.

Eine solche Präsentation „guter Praxis“ ist Hauptaufgabe der heutigen Veranstaltung.

Zur Situation in Gelsenkirchen

1. KiTas

Gelsenkirchen kann eine 100 %ige Versorgung der 3 – 6-Jährigen, also der Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, gewährleisten. Bemerkenswert ist dabei, dass die Nutzung der Kindertageseinrichtungen durch Einwandererfamilien fast so hoch ist wie bei Einheimischen. Die demographische Entwicklung unserer Bevölkerung (Bevölkerungsverlust in der Größenordnung von rund 2.000 Personen pro Jahr) führt dazu, dass bereits Kindergartengruppen und ganze Einrichtungen, bei der Stadt selbst, aber auch bei Freien Trägern geschlossen wurden. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren wohl leider fortsetzen.

Wegen der Konzentration auf den „harten Pflichtbereich“ wurde in Gelsenkirchen der Ausbau von Plätzen für unter 3-Jährige und für Primarstufen-

kinder vernachlässigt. Unter den Großstädten in NRW nimmt Gelsenkirchen bezüglich der Versorgungsquoten jeweils einen der hintersten Plätze ein.

2. Grundschulen

Gelsenkirchen verfügt über 51 Grundschulen, darunter 15 konfessionelle (3 ev./12 kath.) mit insgesamt rund 11.000 Schülerinnen und Schülern. Ergänzend zum Unterricht wird an allen Schulen Betreuung „von 8 bis 13 Uhr“ angeboten, an einigen Schulen Nachmittagsbetreuung „13 Plus“ bzw. „Schülertreffs in Tageseinrichtungen.“

In den letzten beiden Jahren wurde die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen quartierbezogen intensiviert, insbesondere bezüglich des Übergangs zur Grundschule und der Sprachförderung.

Entwicklungsperspektiven

1. KiTas

Wir stehen aktuell vor dem Auslaufen eines der wichtigsten Projekte, nämlich der Beschäftigung interkultureller Fachkräfte an Tageseinrichtungen mit einem Ausländeranteil von über 50 %. Frau Ihde wird im Anschluss auf dieses Projekt eingehen. Trotz unserer finanziellen Situation bin ich guter Hoffnung, diese beispielhafte Arbeit fortführen zu können. Wegen des notwendigen Erziehungsangebotes auch für diese Altersgruppe liegt mir der Ausbau der Plätze für unter 3-Jährige am Herzen. Hier blockiert allerdings die Zusage der Bundesregierung diesen Ausbau zu unterstützen jegliche Entwicklung, weil wir auf die bundesseitigen Bedingungen, unter denen dies geschehen kann, warten müssen.

Inhaltlich bin ich stolz darauf, dass unsere Praktiker einen so genannten „Entwicklungsbegleiter“ eingeführt haben – ein Screening-Instrument, das in halbjährlichem Abstand ermöglicht, den Ent-

wicklungsstand von Kindern zu erfassen und ggf. Förderbedarfe festzustellen.

2. Grundschulen

Daran unmittelbar anknüpfend halte ich die Ein-

Ruhrgebiets-Bildungsprojekte in Elementarbereich und Grundschule

führung einer qualifizierten Schuleingangsdagnostik für den richtigen Weg. **Ob das „Kieler Einschulungsverfahren“, das im letzten Jahr eingesetzt wurde, das ideale Instrument dafür ist, ist sicherlich zu diskutieren.**

Schulorganisatorisch stehen wir (damit meine ich Schulaufsicht und Schulträger) vor dem Problem der demographischen Entwicklung so zu begegnen, dass wir „Zwergschulen“ möglichst vermeiden müssen, um eine vernünftige Lehrerversorgung gewährleisten zu können.

Das Thema der letzten Monate war für viele von Ihnen, aber ganz besonders für die Schulverwaltung, die Vorbereitung der Einführung „Offener Ganztagschulen“. Sie kennen das Ergebnis: 1 Antragstellung für das nächste Schuljahr (GS am Schloss Horst) und einige Ankündigungen der Beantragung

ein Schuljahr später (u.a. Schulen an der Schwalbenstraße, GGS Fersenbruch). Wir werden vermutlich schon im Schuljahr 2004/2005 unser Nahziel erreichen, in jedem Stadtbezirk mindestens ein Angebot machen zu können.

Die „Offene Ganztagschule“ ist m.E. an zwei Stellen auf jeden Fall ein großer Schritt nach vorne: Die überfällige Verbesserung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule wird beschleunigt und Schulen werden darauf gestoßen, kinderbezogene Einrichtungen im Einzugsgebiet kennen zu lernen.

Ich möchte diese Gelegenheit gerne nutzen, allen Kolleginnen und Kollegen herzlich für ihre engagierte Arbeit im zu Ende gehenden Kindergarten- bzw. Schuljahr zu danken.

GLÜCKAUF!!!

Gelsenkirchener Manifest

Kinderarmut im Ruhrgebiet

In den Städten des Ruhrgebietes gibt es „arme“ Viertel („Armutinseln“)

- in denen gehäuft Kinder und Jugendliche von Sozialhilfe leben
- mit dem erhöhten Risiko, psychisch auffällig zu werden
- teilweise geprägt durch „gescheiterte“ Familien
- in denen Gewalt öfter vorkommt als anderswo
- mit einem heute schon relativ hohen Prozentsatz an Migrantenkindern
- mit wachsender sozialer Aufspaltung

mit Kindern und Jugendlichen, deren Bildungschancen und Lebensperspektiven deutlich beeinträchtigt sind.

Diese Stadtteile mit besonderem Bildungsbedarf machen gezielte Initiativen erforderlich

- zum Ausgleich von verminderten Bildungschancen im vorschulischen Bereich
- zur Verringerung der Zahl von Jugendlichen mit Qualifikationsdefiziten
- zur Entwicklung sozialer Kompetenzen
- zur interkulturellen Verständigung

Schulen in solchen Regionen können wesentliche Aufgaben in diesem Kontext übernehmen,

- wenn vorschulisch (u.a. Sprachförderung, Kinderbetreuung für Alleinerziehende)

- wenn schulbegleitend (u.a. Freizeitangebote, Beratung, Öffnung von Schule)
- wenn schulintern (u.a. geringere Klassengrößen, schulische Sozialarbeit, besondere Förderprogramme)
- wenn nachschulisch (u.a. Hilfen bei der Ausbildungsplatzsuche, Nachqualifizierung)

solche Initiativen von den verantwortlichen Politikern in Wort und Tat entschieden gewollt und betrieben werden.

Schulen können einen derart umfassenden gesellschaftlichen Auftrag in Kooperation mit anderen nur angehen, wenn die Bedingungen ihrer Arbeit deutlich verbessert werden.

Kommunen und Landesregierung sind aufgefordert, kurzfristig zu handeln, damit sich die Probleme nicht noch weiter verschärfen. Es gilt, ein Landesprogramm auf den Weg zu bringen, das es den auf drei Regierungsbezirke verteilten Städten des Ruhrgebietes – den kreisfreien sowie den kreisangehörigen – ermöglicht, ohne die bekannten Reibungsverluste das Problem der Kinderarmut und deren Folgen koordiniert und effizient anzugehen.

(Verabschiedet von der GEW-Ruhrgebietskonferenz am 02.02.2000 in Gelsenkirchen.)

Ruhrgebiets-Bildungsprojekte in Elementarbereich und Grundschule

Förderungsbedarf in Gelsenkirchen nach PISA

Seit mehr als einem Jahr sind die Ergebnisse der PISA-Untersuchung bekannt. Vor einem Jahr hat die Personalversammlung vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen und der PISA-Ergebnisse noch einmal besonderen Förderbedarf für die Schülerinnen und Schüler an Grund- und Hauptschulen in Ballungszentren wie z.B. Gelsenkirchen eingefordert.

Vorstellungen und Planungen, die von den politischen Ebenen erstellt worden sind, erscheinen uns weder hinreichend noch genügend aufeinander abgestimmt, speziell die schwächeren Schülerinnen und Schüler auf ein höheres Wissensniveau zu bringen.

Die offene Ganztagsgrundschule, die als Modell der Landesregierung zurzeit diskutiert wird, ist aus familienpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen sicherlich ein interessantes Modell. Sie scheint uns jedoch in der augenblicklichen Konzeption nicht geeignet, schwächere Kinder in ihren Wissenslücken, wie sie von PISA speziell im Bereich Sprache festgestellt wurden, nachhaltig zu fördern. Dieses gilt um so mehr, da die Städte mit besonderem Förderbedarf in der Regel nicht die Gelder haben, dieses Modell durchzuführen.

In einer Zeit zurückgehender finanzieller Ressourcen halten wir es für angebracht, die Gelder, die da sind, in die Problemregionen, die auch durch die PISA-Studie festgestellt worden sind, zu leiten.

Ziel aller Maßnahmen muss es sein, die Defizite bei unseren Schülerinnen und Schülern abzubauen. Dies kann nicht nur durch eine Ganztagsbeschulung erreicht werden. Das muss vor allen Dingen durch die Senkung der Klassengrößen und durch den verstärkten Einsatz von Team-Teaching angegangen werden.

Speziell für die Hauptschule gilt, dass sich die Bedingungen in allen Jahrgangsstufen nach den Modellvorgaben „Verstärkte Sprachförderung“ in den Klassen 5 und 6 richten muss. (Klassengröße 18 –24; 0,5 Planstelle zusätzlich pro Klasse.)

Quelle: DER PERSONALRAT 2/2003

Warum ist die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer so anstrengend geworden?



Silvia Schilde

Die PISA-Studie hat den bildungspolitischen und pädagogischen Diskurs über die Zukunftsanforderungen der Schule hochtourig in Gang gesetzt. Dabei, so stellt Thomas Ziehe, Professor für Pädagogik an der Universität Hannover fest, ist eine „eigentümliche semantische Mixtur entstanden aus Sprachfiguren der Werbe- und PR-Branche, der Betriebswirtschaft, der Institutionenpsychologie, der Globalisierungsdiskussion und der Schulreformprogrammatis“, die in Hochglanzbroschüren „Ankündigungspädagogik“ betreibt und so wenig hilfreich auf die drängenden Fragen und komplexen Problemkonstellationen in der schulischen Alltagspraxis Antwort zu geben vermag.

Im Rahmen des 9. GEW-Forums Gymnasium zum Themenschwerpunkt „Funkstille zwischen den Generationen“ im Oktober 2002 ist Ziehe in seinem Vortrag zwei wichtigen Fragen der aktuellen pädagogischen Praxis nachgegangen: „Was ist an Jugendlichen heute anders?“ Und: „Warum ist die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer so anstrengend geworden?“

Kulturelle Enthierarchisierung

Ziehe nähert sich diesen Fragen zunächst *kultur-analytisch*, mit der These, dass die jugendliche Populärkultur als „Leitkultur“ fungiert. Diese Präferenz setzt alle anderen kulturellen Produktions- und Wissensformen, die als Inhalte exemplarisch im Unterricht verhandelt werden, unter „heftigen Rechtfertigungsdruck“ und fördert die „allmähliche Marginalisierung der Hochkultur“. Kurz: „Ihr Status wird optional: Wer sich dafür entscheidet, kann sich auf sie einlassen; wer nicht, kann sie ohne größere Rufschädigung beiseite lassen. Mehr und mehr Leute, insbesondere jüngere, lassen sie beiseite.“ Dieses Akzeptanzproblem der „Hochkultur“ hat Auswirkungen auf Wahrnehmung und Vermittlung kultureller Standards im schulischen Raum.

Kulturelle Selbstversorgung: Jugendliche konstruieren sich ihre eigenen Welten

„Individualisierung“, so Ziehe *sozialtheoretisch*, darf nicht reduziert werden auf den Begriff der „Vereinzelung“. Individualisierung als bedeutsame Kategorie erweist sich als ambivalent in ihrer Bedeutung: Sie verweist zum einen auf einen „Gewinn an Freiheit und an Freiräumen“, zum anderen indiziert sie eine „Bürde“, einen für die Jugendlichen deutlich spürbaren „Individualisierungsdruck“. Das Individuum wird „Träger der Identitätsbildung“, es muss, entlassen aus traditionellen Sinnzusammenhängen und Verhaltenskontrollen, seine eigenen „Selbstzurechnungen“ und Zugehörigkeiten definieren. Im Resonanzraum jugendlicher Milieus, Szenen und peer groups entwickeln sich Jugendliche zunehmend zu „kulturellen Selbstversorgern“, die vorrangig auf das Angebot an Werten und Kriterien der „veralltäglichten“ Populärkultur zurückgreifen und sich einen eigenen „Relevanzkorridor“ bauen, den es nun in Bildungsprozessen zu erreichen gilt. Das Problem: „Selbst wählen zu können, heißt eben nicht unbedingt ‚origineller‘ zu werden. Selbstversorger können sehr provinziell sein.“ Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Auswirkungen für das Verhältnis von Jugendlichen und Schule, für ihre Haltungen zum Lernen, ihre Relevanzkriterien für schulisches Arbeiten und Kommunikation mit Lehrkräften.

Schlüsselschwierigkeiten

Die Schule als traditionelle Sozialisations- und Bildungsinstitution verliert zunehmend an „Prägekraft und Durchgriffsmöglichkeiten auf die Persönlichkeit“. Ziehe beschreibt ein Phänomen, das viele engagierte Lehrkräfte kennen: „Die Schüler sind durch die Zentrierung auf ihre Eigenwelt wie in Regemänteln imprägniert gegen die Einflüsse des pädagogischen ‚Wetters‘. Sie haben gelernt, dieses ohne großen Aufmerksamkeitsaufwand an sich abtropfen zu lassen.“ Drei zentrale Schlüsselschwierigkeiten gilt es von daher in den Blick zu nehmen:

gogischen ‚Wetters‘. Sie haben gelernt, dieses ohne großen Aufmerksamkeitsaufwand an sich abtropfen zu lassen.“ Drei zentrale Schlüsselschwierigkeiten gilt es von daher in den Blick zu nehmen:

- **Fremdheits-Unbehagen**

Jugendliche gleichen ihre Weltwahrnehmung zunehmend den „subjektiven Brillen“ ihrer Eigenweltwahrnehmung an. Themen und methodische Verfahrensweisen, die den eigenen Erwartungen und Interessen nicht entsprechen und Schwierigkeiten und Anstrengung bereiten, werden subjektiv als nicht relevant erlebt und abgeblockt. Dieses Fremdheitsunbehagen lässt sich besonders deutlich im „Verhältnis zu formalerer Sprache und Diskursivität“ in der Schule ausmachen, führt zu Desinteresse und Leistungsproblemen.

- **Informalisierung und Unterstrukturiertheit**

Nicht wenige SchülerInnen haben Probleme damit, Regeln, Zeitstrukturen, Aufmerksamkeit und Prioritäten in unterrichtlichen Arbeitsprozessen einzuhalten. Die individuelle Wahrnehmung vieler Schüler ist durch ihren Lebenskontext geprägt durch eine Gewöhnung an „Fragmentierungen, Segmentierungen, Abbrüche, Überblendungen und Zusammenballung von Augenblicksmomenten“. Diese Unterstrukturiertheit der Wahrnehmung erschwert es den Schülerinnen und Schülern sich auf Strukturen in Schule und Unterricht argumentativ einzulassen und Wichtigkeitshierarchien im Umgang mit Inhalten herauszuarbeiten. Ein Scheitern an solchen Anforderungen und Leistungsstandards scheint vor diesem Hintergrund vorprogrammiert, wenn die Voraussetzungen des schulischen Lernens nicht die Schlüsselschwierigkeiten heutiger Jugendlicher angemessen reflektieren.

• **Motivkonflikte**

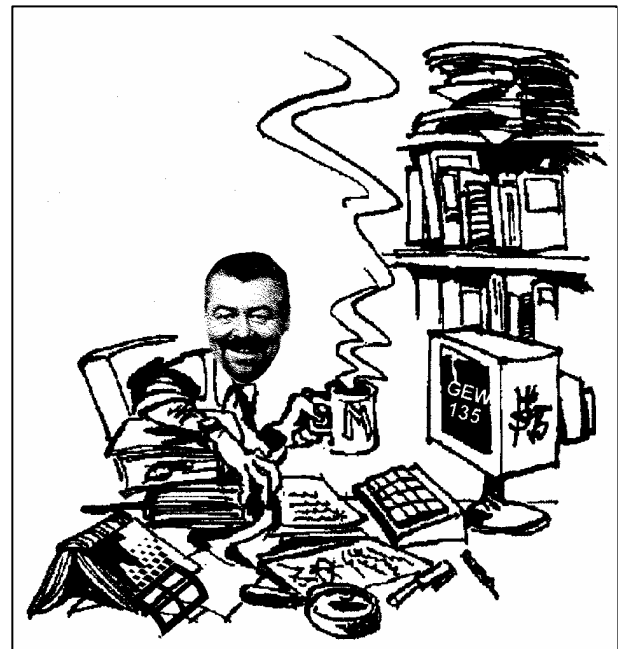
Die dritte Schlüsselschwierigkeit bezieht sich auf die „inneren Motivhaushalte“ der Schüler. Der individuelle Spielraum des Abweichens der Institution Schule gegenüber hat sich bei zahlreichen SchülerInnen ausgeweitet. Viele „lösen“ diesen erlebten Konflikt durch „Vermeidungsmechanismen“, weichen der Krise, so gut es geht, defensiv aus. „Lehrern erscheinen solche Schüler typischerweise wie betäubt, benommen oder weggedämmt“, formuliert Ziehe in seinem Referat.

Von diesem analytischen Ansatz aus, der über die empirischen Untersuchungen der PISA-Studie und das bloße Formulieren von Qualitätsstandards weit hinaus geht, müssen neue Antworten auf die Fragen nach der „Schule in der Anerkennungskrise“, der Lernfähigkeit von Schülerinnen und Schülern heute sowie nach dem Profil einer neuen Schul- und Lernkultur erarbeitet werden.

Schule im Angesicht dieser Schülergeneration erfolgreich weiterzuentwickeln, bedeutet Investition in komplexere Analysen, pädagogischen Sachverstand, Zeit und Engagement. Dieses große Zukunftsprojekt ist ohne eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Kollegen und Kolleginnen nicht zu realisieren.

Silvia Schilde
Realschulkonrektorin im Kreis Coesfeld

Quelle: *Wir in der Realschule, Mai 2003.*



Impressum

Herausgeber:

Stadtverband
Gelsenkirchen

Essener Straße 88

Redakteur (verantw.): Karl-Heinz Mrosek

Layout: Maria Lewandrowski

Verantwortlich i.S.D.P.:

Alfons Kunze, GEW -Stadtverband Gelsenkirchen

Ein Jahr „Selbstständige Schule“ - eine Zwischenbilanz

In Gelsenkirchen nimmt keine Schule an diesem Pilotprojekt teil. Zu wenige Schulen hatten ihre Bereitschaft erklärt, da mitzumachen. In Duisburg sind 16 Schulen an dem Projekt beteiligt. Wir haben uns dafür interessiert, was dort im zurückliegenden Jahr aus Sicht der Schulen geschehen ist und dokumentieren an dieser Stelle einen Aufsatz des Kollegen Rainer Piecha, der die Duisburger Erfahrungen zusammengetragen hat.

„Was, ist das wirklich schon ein Jahr her?“, erwiderte eine Kollegin, als ich sie nach ihrer persönlichen Bilanz von einem Jahr „selbstständiger Schule“ fragte. Sie hat in dieser Zeit weder etwas gehört noch gespürt von diesem strategisch so weitreichenden Projekt. Nicht weniger als der Umbau der gesamten Schullandschaft soll mit diesem Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Und doch ist das Schuljahr für die meisten KollegInnen scheinbar so verlaufen wie immer.

Die meisten haben nichts gemerkt

Wie immer? Nicht ganz. Einen winzigen, kaum wahrnehmbaren Unterschied zum vorhergehenden Schuljahr gab es z.B. an unserer Schule. Fanden im Vorjahr, dem „Jahr der Entscheidung“, noch fünf Lehrerkonferenzen statt, war es in diesem Jahr bisher nur eine. Fast dankbar nahmen wir KollegInnen es an (nicht „wahr“). Und doch zeigt sich hier die „Selbstständige Schule“ auf bestem Wege: Die

Entmachtung der Lehrerkonferenz bleibt nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie nimmt reale Gestalt an.

Steuergruppen-Schwemme

Nur der größere Teil der Kollegien blieb von den Kollateral-Erscheinungen des Modellvorhabens verschont. Ein kleinerer Teil – in vielen Fällen die Bildungsgang-, Abteilungs- und BereichsleiterInnen



– fand sich in den zahlreichen neuen Gremien wieder, die mit dem Modell wie Pilze aus dem Boden schossen: Steuer-, Projekt-Entwicklungs- und Fortbildungsgruppen. Diese gelten als die neuen „Brain-Trusts“ der „selbstständigen Schule“ und sollen den Dampfer auf Fahrt bringen. Es kommt dabei in größeren Schulen schon einmal vor, dass KollegInnen in drei verschiedenen Steuergruppen verschiedener Ebenen sitzen und dort den Auftrag haben, innovative Schulentwicklungsprojekte zu initiieren, zu unterstützen, zu koordinieren, zu evaluieren usw... „Langsam bekomme ich Krach mit meiner Familie“, so eine betroffene Kollegin zu dieser Entwicklung.

Fortbildungsfrust

Die gleichen KollegInnen, die in den Steuergruppen im Augenblick noch vor allem sich selbst steuern, verbringen noch einmal einiges an Zeit in den verpflichtenden Fortbildungsveranstaltungen des Modellvorhabens. Auch da ist die Bilanz mehr als bescheiden. Der Einführungskurs a la „Management für Anfänger“ ließ bei einigen TeilnehmerInnen Wut aufkommen. „Die halten uns wohl für die dümmsten Hinterwäldler“, kommentierte ein Kollege die naiven Missionarisierungsversuche der „Moderatoren“ in Sachen unternehmerischen Denkens. Neben dem begrenzten Anspruchsniveau dieser Fortbildungen steht auch deren Ertrag in der Kritik: In zusammengewürfelten Gruppen aus verschiedenen Schulen sollen die TeilnehmerInnen ein Projekt irgendeiner Schule gemeinsam exemplarisch entwickeln. Wenig Input, beliebiger Inhalt, aber viel „Handlungsorientierung“ – dieses methodische Vorgehen kopiert das Dilemma der Beliebigkeit schulischer Bildungsprozesse in der Fortbildung. So empfinden viele TeilnehmerInnen die Fortbildung ähnlich wie SchülerInnen manchen Unterricht – als totgeschlagene Zeit, in der die Pausengespräche mit Abstand das Spannendste sind.

Lehrer-Kapital

Die Umwandlung von (nicht besetzten) Lehrerstellen in klingende Münze (neudeutsch: Kapitalisierung) ist das aktuelle Steckenpferd vieler Schulleitungen. Zu beobachten ist aber auch, dass sich viele Schulleiter tragisch weit vom Brotkorb der Stellenkapitalisierung entfernt sehen, weil ihnen schulstatistisch ein Stellenüberhang ausgewiesen wird. Und deshalb ist es in dieser Hinsicht an Modellschulen wie überall anders auch: Das Schielen nach und das Fechten um die Schülerzahlen überlagern nach wie vor so manche wichtige pädagogische Entscheidung. Mit der „Kapitalisierung“ erlebt das Landesprogramm „Geld statt Stellen“ nur seine institutionalisierte Neuauflage als Instrument

der personalpolitischen Mangelverwaltung. Absurd ist, dass mit Auslaufen des Landesprogramms seit Jahresbeginn zahlreiche darüber beschäftigte KollegInnen auf die Straße gesetzt worden sind, obwohl zur gleichen Zeit Bildungsministerin Schäfer lautstark den Nachwuchsmangel im Lehrerberuf beklagte.

Erfolg steht schon fest

Wir alle müssen bei dem „Modellvorhaben Selbstständige Schule“ etwas falsch verstanden haben. Es geht offensichtlich nicht darum, etwas auszuprobieren und in seiner Wirksamkeit zu überprüfen. Der Erfolg des Modellvorhabens braucht nicht erst ermittelt zu werden, sondern er steht heute schon fest. Jedenfalls für die Regierungspartei SPD, deren „Eckpunkte für einen Bildungspolitischen Orientierungsrahmen“ auf einem außerordentlichen Parteitag am 14. Juni 2003 verabschiedet werden sollen. Eckpunkt 13 stellt fest: „Die ‚Selbstständige Schule‘ ist unser Modell für die Zukunft... Optimaler Bildungserfolg und gute Chancen für alle Lernenden stehen nicht im Widerspruch zu einer Kultur des Wettbewerbs.“

DGB auf Schmusekurs?

Ganz stolz berichten die Protagonisten des Modellversuchs davon, dass sich nun auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und damit auch die GEW am Modellversuch beteiligen würden. Dies ist zwar so nicht richtig, doch die mehr als uneindeutige Haltung des DGB-Landesverbandes NRW ist mitverantwortlich an dieser Meldung. Richtig ist, dass sich auch Gewerkschaften darum kümmern müssen, wie für die Modellschulen eine wirksame Interessenvertretung praktiziert werden kann. Dazu hat der DGB mit der Landesregierung und der Bertelsmann-Stiftung einen Teilmodellversuch im Rahmen der selbstständigen Schule vereinbart. In 6 ausgewählten Modellschulen werden besondere Qualifizierungsmaßnahmen und Interessenvertretungsformen für die Lehrer-/Personalräte erprobt. Der DGB hat sich allerdings damit tatsächlich bereit erklärt, als offizieller Kooperationspartner des Modellversuchs aufzutreten, und verzichtet in diesem Zusammenhang auf Kritik an der grundsätzlich mitbestimmungsfeindlichen Anlage des Modellvorhabens. Wenn das mal nicht nach hinten los geht.

Rainer Piecha

Quelle : Duisburger GEW-Info Nr. 150/2003



Was Grundschule alles leisten soll

Ein Katalog voller Ansprüche

Eine Reihe von Meldungen in den Regionalzeitungen machen mich nachdenklich. Eine erste Klasse besucht eine Fleischerei, eine zweite Klasse besucht die Kreiszeitung.

Ein Verbandsvertreter fordert nach den deprimierenden Ergebnissen internationaler Vergleichsuntersuchungen eine deutliche Ausweitung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Grundschulen.

Kein Mensch wird Zweifel daran haben, dass es richtig ist, dass nun alle Grundschul Kinder ab der 3. Klasse Englisch-Unterricht erhalten.

Ohne jeden Zweifel müssen Grundschul Kinder lernen, den Computer zu nutzen. Die Kinder, die ihre Sachkundemappen mit entsprechenden Vorlagen aus dem Internet anreichern können, sind eindeutig im Vorteil.

Alles ist wünschenswert und notwendig, aber...

Es wäre ein schlimmer Rückschritt, wenn der Aufklärungs- und Sexualkundeunterricht aus der Grundschule herausgenommen würde. Manche Mädchen bekommen heute schon mit neun Jahren die erste Regel.

Auch das Schulgesetz nimmt Bezug auf die Grundwerte des Christentums. Das verpflichtet die Grundschule, die Kinder in religiöse Denk- und Glaubensstrukturen einzuführen einschließlich der damit verbundenen Traditionen wie z.B. dem Erntedankfest.

In einer weltoffenen und multikulturellen Gesellschaft kann niemand ernsthaft dagegen sein, dass auch Grundschul Kinder mit den Grundzügen anderer Religionen und Kulturen vertraut gemacht werden.

Selbstverständlich ist es richtig und wünschenswert, dass norddeutsche Grundschul Kinder auch plattdeutsch sprechen und verstehen können.

Mit dem Umweltschutz kann man nicht früh genug anfangen, nur so wird das Wissen in den Lebensalltag integriert. Konsequente Wertstoff- und Restmülltrennung muss in der Grundschule durchgängig praktiziert werden. Man kann enorm Gas, Öl und Strom sparen, wenn man die Kinder zu sparsamem Umgang mit Energie anhält.

Selbstverständlich ist die Zeit, die die Raumpflegerinnen heute für die Schulreinigung haben, nur noch sehr begrenzt. Das ist auch sinnvoll; denn das zwingt die Lehrkräfte, die Kinder zur Schmutzvermeidung anzuhalten und einen Klassenreinigungsdienst zu organisieren.

Nähe zur Natur erfährt man am besten in der Waldschule im Waldklassenzimmer. Der Förster begleitet die Grundschul Kinder gern auf dem Waldlehrpfad.

Verkehrsunterricht hat gerade in der Grundschule eine besondere Bedeutung; denn Fehler im Straßenverkehr können tödlich sein. Dabei müssen auch regelmäßig die Fahrräder sicherheitstechnisch überprüft werden; denn Eltern merken es nicht immer, wenn das Kind bei Dunkelheit ohne Beleuchtung zur Schule fährt. Keiner wird auf Sport verzichten wollen, viele Kinder bewegen sich ohnehin zu wenig. Und da fast ein Drittel aller Kinder Übergewicht hat, müssen auch Ernährungslehre und die praktisch erlebte gesunde Ernährung in der Grundschule eine Rolle spielen.

Zeichnen, Malen, Musizieren, Tanzen, Theater spielen, Kochen, Backen, Werken, Stricken und Nähen, Geschenke basteln und Ostereier anmalen, Pflanzen und Fische im Klassenaquarium pflegen – das alles gehört zur Grundschule wie die Luft zum Atmen.

Das Klassenklima wird gefördert, indem man außerhalb der Pausenzeiten mit den Kindern

Leseanlässe produzieren. Trotzdem befürchte ich, dass wir Abstriche machen müssen.



gemeinsam frühstückt. Zu Recht ist es kritisiert worden, dass die Kinder in der Grundschule nicht zum Zähneputzen nach den Mahlzeiten angehalten werden, wie das in allen Kindertagesstätten längst Standard ist.

Magister

Natürlich müssen die Kinder auch lernen, wie man Konflikte bearbeitet und miteinander in der Klasse, auf dem Schulhof und im Schulbus umzugehen hat. Nicht zuletzt muss jede Lehrkraft in wohlverstandener Eigeninteresse Wert darauf legen, dass die Grundschul Kinder lernen, dass sie nicht „alte Sau“ oder noch Derberes aus dem Bereich zwischen Knie und Bauchnabel zur Lehrerin sagen dürfen, nur weil diese ihnen einige Hausaufgaben aufgibt. Das ist nicht allen 10-Jährigen bewusst.

...viele wird nur angerissen

Die Liste dessen, was Grundschule heute leisten soll, ließe sich beliebig verlängern. Und alles ist für sich genommen wünschenswert und notwendig. Zu fragen ist jedoch, wann angesichts dieser vielen Aufgaben und Themen noch Zeit für Lesen, Schreiben und Rechnen bleibt.

Das, was man jetzt von der Grundschule erwartet, führt dazu, dass in der Ausbildung der Kulturtechniken zwangsläufig Mängel eintreten müssen. Es wird – und das gilt nicht nur für die Grundschule – aus Zeitmangel vieles nur angerissen. Die notwendige Festigung und Vertiefung kann angesichts der Überfrachtung von Grundschule nicht mehr durchgängig geleistet werden. Dies sollte nicht als Kritik verstanden werden. Und selbstverständlich kann auch der Besuch der Fleischerei Schreib- und

Natürlich wieder auf die Schwächsten.....

Die Fachgruppe Sonderschulen hat in einem Brief an den Landesvorstand auf die Äußerungen Jürgen Schmitters auf der Pressekonferenz zum Thema „Gewerkschaftliche Anforderungen für ein Umsteuern in der Schulfinanzierung – eine Konsequenz aus der neuen PISA–„Veröffentlichung“ am 06.03. 2003 - reagiert, der hier noch einmal wiedergegeben wird.

Gelsenkirchen, den 18.3.2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Natürlich wieder auf die Schwächsten, auf die, die keine Lobby haben, auf die Kinder, die unter Armut, Arbeitslosigkeit der Eltern leiden, aus depriviertem Elternhaus, zerrütteten Familien und anregungsarmen Milieu kommen.

Wie kommt Jürgen Schmitter als Vorsitzender der GEW dazu, unsere Lobbyarbeit für die Kinder und Jugendlichen, die unverschuldet am Rande der Gesellschaft aufwachsen, zu konterkarieren und zu unterminieren?

Glaubt denn Jürgen Schmitter allen Ernstes, dass die Existenz von lernbehinderten Kindern eine Folge des Schulsystems ist? Hier irrt Jürgen Schmitter gewaltig! Lernbehinderte Kinder sind ein Faktum in unserer Gesellschaft. Sie werden nicht weniger, wenn wir ihre Existenz leugnen, weil wir die Zusammenhänge für die Entstehung von Lernbehinderung nicht sehen wollen.

Wir erinnern hier an die Ergebnisse der Sozialraumanalyse von Prof. Strohmeier.

Wir erinnern auch an die 5 Thesen von Volker Kersting, geäußert auf dem Bildungskongress 2000 der GEW, auf dem auch Jürgen Schmitter anwesend war. Zusammengefasst heißt es: **Armut ist zugleich Bildungsarmut**, denn Kinderarmut und nachteilige Bildungsstrukturen fallen räumlich zusammen und führen zu Ausgrenzung und Benachteiligung in weiten Lebensbereichen.

Im Gelsenkirchener Aufruf für ein Bündnis gegen soziale Kälte wird festgestellt:

„Kinder und Jugendliche leiden unter Arbeitslosigkeit und unter Verarmung in gleicher Weise wie die davon betroffenen Eltern. Erhebliche gesundheitliche Einschränkungen und Gefährdungen sind eine weitere Folge.

Depressionen, Schulversagen, Auffälligkeiten im Sozialverhalten beeinträchtigen den Entwicklungsprozess dieser Kinder in so starkem Maße, dass sich die Armut im weiteren Leben oftmals fortsetzt.“

Angesichts dieser Fakten ist die von Jürgen Schmitter zitierte Kostenrechnung (1 Sonderschüler kostet 100 000,- € bis zur Klasse 10, ein Realschüler kostet dagegen nur 33 000,- €) ein Schlag ins Gesicht der Kinder und Jugendlichen aus den Armutsregionen, aber auch der Kolleginnen und Kollegen, die

sich dafür einsetzen, die schlimmsten Folgen einer Gesellschaft, in der Profitmaximierung, soziale Kälte und Abbau sozialer und humaner Werte kennzeichnend sind, abzufedern.

Jürgen Schmitter behauptet mit dieser Rechnung, dass 1 lernbehinderter Schüler 3 Mal so teuer ist wie ein Realschüler. Er spricht der Schule für Lernbehinderte ihre Existenzberechtigung einfach ab und sieht hier gewaltige Einsparpotentiale.

Wir sind gegen eine Stigmatisierung und Abwertung der Lernbehindertenpädagogik und entschieden der Auffassung, dass die finanziellen Mittel für den Bereich der Lernbehinderten aufgestockt werden müssen (siehe auch Beschluss des Gewerkschaftstages vom 9.11.2002, Antrag der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe: Grundsicherung der Schulen für Lernbehinderte), um so eine Verbesserung unserer Arbeit zu ermöglichen.

Statt den Abbau von Lehrerstellen oder die Umwidmung von Lehrstellen im Bereich der Lernbehindertenpädagogik zu planen, sollte man sich um den Abbau von Kinderarmut kümmern und sich darum bemühen, dass lernbehinderte Kinder die Förderung erhalten, die erforderlich ist. Jürgen Schmitters Vorschläge haben mal wieder eine Verschlechterung der sonderpädagogischen Förderung bei Lernbehinderten zur Folge.

Lernbehinderte Kinder sind immer schon die am schlechtesten versorgten Sonderschüler gewesen. Man muss sich fragen, warum gerade unser Klientel weniger beachtet und weniger begünstigt wird als Kinder und Jugendliche mit anderen Behinderungen?

Skandalös ist, dass keine Sonderschule so oft mit Auflösung bedroht wird wie die Sonderschule mit dem engsten Bezug zu den Armutsschichten unserer Gesellschaft. (vgl. Otto Böhm, in Zeitschr. f. Heilp., 5/01).

Statt vehement den Abbau der sonderpädagogischen Förderung zu betreiben, sollte sich Jürgen Schmitter als unser Landesvorsitzender an den oben erwähnten Beschluss des Gewerkschaftstages erinnern und sich mit der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe, Stadtverband Gelsenkirchen, für folgende Forderungen einsetzen:

- *Sozialarbeiter, die unsere tägliche Arbeit in der Schule unterstützen und im außerschulischen Bereich fortsetzen*
- *Stadtteilarbeit und Einbindung der SfLB*

- Schaffung einer Infrastruktur für Pädagogik in den jeweiligen Gemeinwesen
- deutlich mehr Lehrkräfte in die Emscherregion des Ruhrgebietes
- Schaffung von Möglichkeiten für eine Schule im Ghetto, die da sind:
 - veränderte Lerninhalte; abgespeckte Stunden-tafel
 - ein standortbezogenes Curriculum
 - qualifizierte Ganztagsbetreuung
- eine deutlich verbesserte sächliche Ausstattung
- Reduzierung der Lehrer-Schüler-Relation an Schulen für Lernbehinderte auf 1 : 8
- Aufbau einer Schule für „arme Kinder“.

Für die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Stadtverband Gelsenkirchen
Reinhard Leben
Vorsitzender FG Sonderschule

Anteil der Sonderschüler(innen) in NRW auf 5,3 Prozent gestiegen

Düsseldorf (LDS NRW). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in der Primarstufe und der Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen (ohne freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs) in NRW hat sich von 4,6 Prozent im Schuljahr 1998/99 auf 5,3 Prozent im zurzeit laufenden

Schuljahr erhöht. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitteilt, stieg der Sonderschüleranteil bei Mädchen auf 3,9 Prozent und bei Jungen auf 6,6 Prozent. Knapp zwei Drittel der 111.400 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind Jungen.

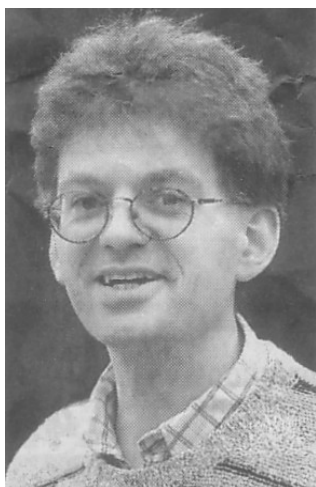
Merkmal	Schüler in der Primarstufe und der Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen in NRW (ohne freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs)				
	Schuljahr				
	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03
Schüler(innen) insgesamt	2 056 800	2 071 300	2 084 700	2 090 900	2 098 100
Sonderschüler(innen)	94 300	98 300	102 900	107 100	111 400
Anteil	4,6 %	4,7 %	4,9 %	5,1 %	5,3 %
Sonderschüler(innen)					
männlich	60 600	63 200	66 500	69 400	71 900
weiblich	33 700	35 000	36 400	37 700	39 500
ausländisch	19 800	20 400	21 700	22 800	24 200
Anteil an allen ausländischen Schüler(innen)	7,0 %	7,2 %	7,5 %	7,9 %	8,3 %
Sonderschüler(innen) in					
Sonderschulen	88 400	91 100	94 700	98 400	102 000
Regelschulen integriert	5 800	7 200	8 200	8 700	9 400

9 400 Sonderschüler(innen) – also mehr als jede(r) Zwölfte – sind an einer Regelschule im Rahmen sonderpädagogischer Fördergruppen oder im gemeinsamen Unterricht zusammen mit Regelschülerinnen und -schülern (Integrationsklassen) inte-

griert. Die übrigen 102 000 Schüler(innen) mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen eine Sonderschule; hier ist nahezu jede(r) Zweite (50 400) als Lernbehinderte(r) und etwa jede(r) Neunte (11 000) als Erziehungsschwierige(r) eingestuft. (LDS NRW)

(054/03) Düsseldorf, den 30. April 2003

Suchtkrank – Selbsthilfe ein erster Schritt



Lothar Jacksteit

Berufe, die sich mit Menschen befassen, sind verstärkt suchtgefährdet. Das Suchtmittel wird anfangs als entspannend empfunden und führt in einen Teufelskreislauf, der meistens nicht mehr alleine durchbrochen werden kann. In solchen Fällen bieten Selbsthilfe-Gruppen eine Möglichkeit zu erkennen,

wo ich gerade stehe und welche weiteren Maßnahmen notwendig sind, um wieder suchtmittelfrei leben zu können.

Um diese Selbsthilfe-Möglichkeiten zu optimieren, haben viele Städte Selbsthilfe-AGs bzw. Kontakt- und Informationsstellen (KISS) eingerichtet. Hier erhält jeder Anrufer Informationen über das Selbsthilfe-Angebot und kann Kontakt zu diversen Gruppen aufnehmen.

Kiss - Gelsenkirchen:

Frau Greiwe

Kurt-Schumacher-Straße 4, Zimmer 401

45875 Gelsenkirchen

Tel.: 0209/169-2644

Die schädlichsten und am häufigsten genutzten Suchtmittel sind Alkohol und Nikotin. In der BRD trinken 9,3 Millionen Menschen gefährlich viel Alkohol und etwa 40 000 sterben jährlich an den Folgen des Alkohol-Missbrauchs.¹

Wer ist gefährdet?²

- wer sich angewöhnt hat, in Beruf und Gesellschaft oft zu trinken
- wer alkoholische Getränke benutzt, um in Stimmung zu kommen und Hemmungen abzubauen
- wer Ärger und Enttäuschungen mit Alkohol zu verkraften versucht
- wer mit Alkohol Problemen und Entscheidungen auszuweichen versucht

¹ Drogen- und Suchtbericht 2002. Abrufbar unter www.bmggesundheits.de und www.drogenbeauftragte.de

² s.a. Familienkalender 2003. Wuppertal; Blaukreuz-Verlag 2002

Anzeichen für eine mögliche Alkoholproblematik

- morgendliche Appetitlosigkeit und Brechreiz
- Hände zittern
- starkes unmotiviertes Schwitzen
- Wadenkrämpfe
- Gangunsicherheit
- Einschlafstörungen
- Unruhe und Angstgefühle
- Konzentrationsstörungen etc.

Wer ist krank?³

- wer über längere Zeit überdurchschnittlich viel Alkohol getrunken hat und nicht mehr ohne weiteres auf den Alkohol verzichten kann
- wer die Kontrolle über den Alkoholkonsum häufig oder regelmäßig verliert
- wer wegen seines Trinkverhaltens in körperliche, seelische und soziale Schwierigkeiten gerät

Selbsthilfeorganisationen, die an örtliche Einrichtungen weiter vermitteln:

- Blaues Kreuz in der Evangelischen Kirche
Tel.: 04331/590-381
- Blaues Kreuz in Deutschland e.V.
Tel.: 0202/62003-0
- Deutscher Guttempler-Orden
Tel.: 040/245880
- Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e.V., Tel.: 02381/9015-0
- Kreuzbund e.V.
Tel.: 02381/67272-0
- Anonyme Alkoholiker
Tel.: 089/3164343

Literaturempfehlungen:

- Ralf Schneider: Die Suchtfibel. Informationen zur Abhängigkeit von Alkohol und Medikamenten für Betroffene, Angehörige und Interessierte. Baldmannsweiler; Schneider-Verlag Hohengehren.
- Corinne Sweet: Break Free. Wie Sie Süchte und Abhängigkeiten überwinden. München; Droemersch Verlagsgesellschaft.

Lothar Jacksteit

³ s.a. Familienkalender 2003

Bundesländer sind in den Grundzügen einig über die neue Sommerferienregelung:

Sommerferien in NRW sollen in den Jahren 2006, 2007 und 2008 schon im Juni beginnen

Das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder in NRW teilt mit:

Düsseldorf, 12. Mai 2003: Die Amtschefs der 16 Bundesländer haben sich auf ihrer Tagung Ende vergangener Woche auf einen einheitlichen Entwurf für die neue Sommerferienordnung in den Jahren 2005 bis 2010 geeinigt. Sie soll auf der nächsten Kultusministerkonferenz am 12. und 13. Juni in Rostock beschlossen und anschließend am 26. Juni der Ministerpräsidentenkonferenz vorgelegt werden.

Die geplante neue Ferienordnung sieht für alle Länder mit Ausnahme Bayerns und Baden-Württembergs eine Rückkehr zum so genannten rollierenden System vor, bei dem die Ferien über einen mehrjährigen Zeitraum schrittweise mal früher und mal später im Jahr beginnen. Insgesamt wird der Gesamtzeitraum im neuen Entwurf nunmehr auf durchschnittlich 83 Tage im Jahr ausgeweitet. Bayern und Baden-Württemberg rücken dabei in einigen Jahren weiter nach hinten, die anderen Länder beginnen früher als bisher vereinbart.

Für NRW sind laut Entwurf diese Termine für den Ferienbeginn vorgesehen:

2005:	Donnerstag	07. Juli
2006:	Montag	26. Juni
2007:	Donnerstag	21. Juni
2008:	Donnerstag	26. Juni
2009:	Donnerstag	02. Juli
2010:	Donnerstag	15. Juli

(Im Jahr 2004 beginnen die Sommerferien unverändert am Donnerstag, dem 22. Juli.)

In Nordrhein-Westfalen wird es auch künftig bei jeweils zweiwöchigen Weihnachts-, Oster- und Herbstferien bleiben. Dabei soll der Beginn der Herbstferien vorgezogen werden, so dass sie von 2005 an in der ersten Oktoberhälfte liegen. Durch einen flexiblen Ausgabetermin für die Halbjahreszeugnisse zwischen Mitte Januar und Mitte Februar sollen die Schulhalbjahre etwa gleich lang gestaltet werden.

Mr.



Detlev Labusch

Er war zuletzt an der Ev. Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck tätig.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Alfons Kunze
Stadtverbandsvorsitzender

Erziehungszeiten anrechnen

Erklärung abgeben

Mit einer Erklärung können Beamtinnen und Beamte bestimmen, welchem Elternteil Kindererziehungszeiten bei der Versorgung oder Rente angerechnet werden sollen. Das teilt das Bundesinnenministerium mit. Mutter und Vater müssen die Erklärung bei der zuständigen Personaldienststelle oder beim zuständigen Rententräger einreichen. Sie gilt nur für die Zukunft und ist unwiderrufbar.

Ein Kindererziehungszuschlag wird für die Zeit gewährt, in der ein ab 1992 geborenes Kind erzogen worden ist. Die berücksichtigungsfähige Kindererziehungszeit beginnt nach dem Ablauf des Geburtsmonats und endet nach 36 Monaten.



Infos beim kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg unter www.kvbw.de (Downloads, Beamtenversorgung, Informationen, Merkblätter)

Diagnose mit Vakuumsaugbiopsie

High-Tech testet das Brustgewebe

Durch eine optimale Früherkennung lässt sich die Sterblichkeit bei Brustkrebs reduzieren, sagt Prof. Walter Heindel von der Uniklinik Münster. In dem neuen Mamma-Diagnostikzentrum befindet sich eins der modernsten Geräte zur Diagnostik – die Vakuumsaugbiopsie.

Eine Frau, bei der ein Arzt einen Knoten in der Brust tastet, wird klassischerweise mammografiert. Sehr häufig schließt sich nach der Röntgenaufnahme eine Gewebeprobe an. Hierdurch wird überprüft, ob es sich um einen gut- oder bösartigen Tumor handelt.

Ein Test, der belastet. Die betroffene Frau muss ins Krankenhaus und dort meist drei bis fünf Tage bleiben. Der Eingriff wird unter Narkose durchgeführt. „Es entsteht eine Narbe“, so Prof. Walter Heindel. Viel schlimmer jedoch sei meist die psychische Belastung, da das Ergebnis oftmals einige Tage auf sich warten lässt. In vielen Fällen bestätigten sich die Befürchtungen nicht. Zur Freude der Betroffenen, die jedoch körperlich und seelisch bis dahin eine Menge durchgemacht haben.

Mit der röntgengesteuerten Vakuumsaugbiopsie werde, so der Arzt, das Verfahren verkürzt und der Frau das Leben erleichtert, da die Gewebeprobe ambulant entnommen wird. Nur etwa eine Stunde dauere es, bis mittels Hohnadel – und nur unter örtlicher Betäubung – Gewebe abgesaugt ist, das dann unter dem Mikroskop gesichtet wird. Innerhalb eines Tages, maximal in 48 Stunden, stehe das Ergebnis fest, so Heindel.

Kritiker dieser Technik argumentieren, dass das herkömmliche Verfahren dann, wenn die Bösartigkeit stark anzunehmen ist, günstiger sei: Hier könne man in einem Schritt – also während der Narkose für den Gewebetest – direkt im Anschluss die Tumorentfernung vornehmen.

Alle Chancen, so Professor Heindel, die tückische Brustkrebskrankung zu bekämpfen, liegen in einer frühzeitigen Diagnose. Auch die Hoffnung, die Sterblichkeitsrate um 20 bis 30 Prozent zu senken. Noch sterben von den etwa 47.000 Frauen, die in Deutschland im Laufe ihres Lebens erkranken, etwa 18.000.

Das Gerät zur Vakuumsaugbiopsie – im Ruhrgebiet u.a. auch im Herner Marienhospital vorhanden – kostet, so Heindel etwa 300.000 Euro. „Es wurde lange in der Klinik diskutiert, ob wir es anschaffen“, so der Röntgenologe. „Weil wir uns jedoch als Dienstleister im Sinne der Frau verstehen, haben wir uns für diese Methode entschieden.“

Petra Koruhn
WAZ: 20.05.03

Bei 200° C ca. 1 Std. backen.

Quelle: Duisburger GEW -Info Nr. 149/2003

Vorsorge statt Behandlung

Nur etwa jeder siebte Mann im Alter über 45 Jahren geht zur Prostata-Vorsorgeuntersuchung, sagen Fachärzte. Dabei könnten durch die Vorsorge Tausende Männer pro Jahr vor dem Tod durch Prostatakrebs bewahrt werden, sagte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Urologie, Prof. Peter Alken. Männer sollten auf den neuen **PSA-Bluttest** pochen, der effektiver sei als die herkömmliche manuelle Untersuchungsmethode. Doch der PSA-Test ist noch nicht als gesetzliche Vorsorge anerkannt und kostet rund 20 Euro. Ein Beispiel, das typisch ist für viele Vorsorgemaßnahmen. Es wird geredet über ein Mammographie-Screening – doch auch da soll die Patientin blechen, Irgendwann sollte man in Deutschland doch mal merken, dass Vorsorge besser (und preiswerter) ist als Behandlung.

tw
WAZ: 20.09.03

Rezept:

2-Minuten-Dinkel-Brot (von Gabi K.)

- 500 g Vollkorndinkel / alt. Vollkornweizen
- 50 g Sesam
- 50 g Leinsamen
- 50 g Sonnenblumenkerne / alt. Nüsse,
Haferflocken
- 2 EL Apfelessig
- 2 TL Salz
- ½ l warmes Wasser, darin 1 Hefewürfel
auflösen

Die Zutaten vermischen und in eine Kastenform füllen.

Die Kastenform in den kalten Backofen stellen.

Ver.di warnt vor Sozialabbau im öffentlichen Dienst

„Horror katalog“ befürchtet

Ver.di plädiert dafür, das Beamtenrecht zu modernisieren statt es mit Öffnungsklauseln auszuhöheln. Sie seien ein „Einfallstor für Sozialabbau“ im öffentlichen Dienst. Mit einem neuen beamtenpolitischen Programm will ver.di das Beamtenrecht stärker europäisieren.

Die Entscheidung des Bundesrates zu Öffnungsklauseln beim Weihnachts- und Urlaubsgeld ist aus Sicht von ver.di-Bundesvorstand Christian Zahn ein „Einfallstor für Sozialabbau“ im öffentlichen Dienst. Zahn verwies bei der ver.di-Bundeskonzferenz für Beamtinnen und Beamte in Berlin darauf, dass die Bundesländer bei Gebrauch der Öffnungsklausel weniger oder gar keine Sonderzuwendungen mehr zahlten.

„Wenn bei Beamtinnen und Beamten Öffnungsklauseln zugelassen werden, dauert es nicht lange, bis sie als Horror katalog für den ganzen öffentlichen Dienst auf dem Tisch liegen“, warnte Bundesbeamtensekretär Klaus Weber bei der Konferenz mit dem Titel „aktiv – fortschrittlich – kompetent“.

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Göttrik Wewer, bezeichnete die Öffnungsklauseln als eine Option für die Länder, um die jährlichen Sonderzahlungen dezentral vom Dienstherrn regeln zu lassen. „Wenn die Option da ist, wird sie auch angewandt“, rief ein Zuhörer. Ein anderer warf der Bundesregierung vor, für den „sozialen Kahlschlag keine Verantwortung übernehmen zu wollen.

Als Alternative zu Öffnungsklauseln schlagen ver.di und der DGB vor, das Beamtenrecht entsprechend der Reform des Bundesangestelltentarifs (BAT) zu modernisieren. Ver.di-Chef Frank Bsirske will die BAT-Reform mit einer Beamtenrechtsreform verzahnen. Eine Projektgruppe soll die Verhandlungen begleiten.

Zudem will ver.di das Beamtenrecht europäisieren. Dazu verabschiedeten die rund 90 Delegierten einen

Antrag zum neuen beamtenpolitischen Programm „Die Modernisierung gestalten: Für eine zukunftsorientierte, der europäischen Integration verpflichtete ver.di Beamtenpolitik“. Ver.di spricht sich darin – ähnlich der nordrhein-westfälischen Bull-Kommission – für ein „an einheitlichen Grundsätzen orientiertes Personalrecht“ aus. Die Besoldung soll sich mehr an der Tätigkeit als am „verliehenen Amt“ ausrichten. Dies schaffe eine gerechte Bezahlung.

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	
- Agenda 2010 – Mut zur Veränderung.....	2
Ruhrgebiets-Bildungsprojekte in Elementarbereich und Grundschule.....	3
- Situationsbeschreibung und Entwicklungsperspektiven von KiTas und Grundschulen in Gelsenkirchen.....	4
- Gelsenkirchener Manifest Kinderarmut im Ruhrgebiet.....	5
- Thesen zur Ganztagsgrundschule.....	6
- Förderungsbedarf in GE nach PISA.....	6
Warum ist die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer so anstrengend geworden?.....	7
Beamte online.....	8
Letzte Meldung.....	8
Impressum.....	8
Ein Jahr „Selbstständige Schule“ – eine Zwischenbilanz.....	9
Was Grundschule alles leisten soll Ein Katalog voller Ansprüche.....	10
Natürlich wieder auf die Schwächsten.....	12
Anteil der Sonderschüler(innen) in NRW auf 5,3 Prozent gestiegen.....	13
Suchtkrank – Selbsthilfe ein erster Schritt.....	14
Sommerferien in NRW sollen in den Jahren 2006, 2007 und 2008 schon im Juni beginnen.....	15
Nachruf Detlev Labusch.....	15
Erziehungszeiten anrechnen.....	15
High-Tech testet das Brustgewebe.....	16
Vorsorge statt Behandlung.....	16
Rezept: 2-Minuten-Dinkel-Brot.....	16
„Horror katalog“ befürchtet.....	17
	18

Ruhestand für Rolf Seer



Am Ende des Schuljahres wird der Sonderschullehrer Rolf Seer von der Glück-Auf-Schule, Westfälische Schule für Gehörlose und Hörgeschädigte, in den Ruhestand gehen.

Ein Blick zurück auf seine Dienstzeit:

Am 01.04.1968 nahm er als Junglehrer seine Arbeit in der Volksschule an der Bickernstraße auf, wechselte dann nach der kleinen Schulreform zur Hauptschule an der Laarstraße. Von 1969 bis 1971 qualifizierte er sich berufsbegleitend durch ein Studium zum Sonderschullehrer. Seitdem ist er an der Westfälischen Schule für Schwerhörige, die später in Glück-Auf-Schule, Westfälische Schule für Gehörlose und Hörgeschädigte umbenannt wurde, als Lehrer tätig.

Im Personalrat trat Rolf 1978 in Erscheinung. Bis 1981 war er Mitglied im Örtlichen Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Sonderschulen, danach 6 Jahre im Betriebspersonalrat in Münster. 1993 wurde er dann wieder in den Örtlichen Personalrat gewählt, dem er bis zu seiner Zuruhesetzung angehört. Neben seinem Engagement und seiner Sachkompetenz ist hier besonders eine Seite in seinem Auftreten zu erwähnen. Immer wieder trat er in Personalversammlungen und auf den Jubilarehrungen der Örtlichen Personalräte als Kabarettist auf und erfreute gemeinsam mit seiner Gattin die Zuhörer und Zuschauer durch gelungene kabarettistische Einlagen. Kultwert hat sein Vortrag in der Gebärdensprache, den er jährlich bei den Jubilarehrungen für Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen vorgetragen hat.

Als Mitglied im Arbeitskreis „Gemeinsamer Unterricht mit Hörgeschädigten – NRW“ hat Rolf die Integration hörgeschädigter Kinder in den Regelschulen (aller Schulformen, GS → GY) in Gelsenkirchen und in den umliegenden Kreisen begleitend vorangetrieben.

Das Engagement für Behinderte, speziell für Hörgeschädigte, lag ihm aber auch nach Schulschluss am Herzen. Dieses wurde deutlich für seine Arbeit im Verein **RuF** (Reisen und Freizeit für Hörgeschädigte), aus dem in Folge das „Ohrwerk e.V.“ mit einer Vielzahl von Aufgaben resultierte. Diesen Verein hat er mitgegründet. Nach der Pensionierung wird er sich der Arbeit in diesem Verein verstärkt widmen. Wir hoffen, dass er noch sehr viele Jahre im Ruhestand erleben wird und seinem Hobby, Reisen in ferne Länder zu unternehmen, nachkommen kann.

Für deine Arbeit in der Gewerkschaft der GEW bedanken sich bei Dir, lieber Rolf, und auch bei deiner Ehefrau, die Kolleginnen und Kollegen aus der GEW-Fraktion des Örtlichen Personalrates, die dich sehr schätzen.

GEW-Geschäftsstelle

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 / 51 37 59
Fax: 0209 / 51 42 97

Öffnungszeiten:

Montag: 09.00 Uhr – 12.00 Uhr
Mittwoch: 09.00 Uhr – 12.00 Uhr
Donnerstag: 15.00 Uhr – 18.00 Uhr

***50 Jahre im Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer
an Grund- und Hauptschulen in Gelsenkirchen***



Im Juli 2003 begehen die Kolleginnen Gisela Fries-Oehlschlägel, Ev. Grundschule Georgstraße, und Margret Schröer, Hauptschule Grillostraße, ein Jubiläum, das unser Dienstherr gemeinhin nicht würdigt. Beide sind sie genau seit 25 Jahren im Örtlichen Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Gelsenkirchen tätig. Gisela als stellvertretende Vorsitzende, Margret als Schriftführerin. Ich möchte mich bei beiden für ihr Engagement und für ihren Arbeitseinsatz bedanken und hoffe, möglichst noch viele Jahre mit ihnen gemeinsam



im Personalrat für das Wohl der Beschäftigten tätig sein zu können.

..Gisela Fries-Oehlschlägel

Karl-Heinz Mrosek
Personalratsvorsitzender

😊 Feuilleton 😊 Feuilleton 😊 Feuilleton 😊 Feuilleton 😊 Feuilleton 😊

**Zum aktuellen Thema:
Qualitätsentwicklung und Qualitätsmanagement**

Das Schaf

Es war einmal ein Schäfer, der in einer einsamen Gegend seine Schafe hütete. Plötzlich tauchte in einer großen Staubwolke ein nagelneuer Cherokee-Jeep auf und hielt direkt neben ihm. Der Fahrer des Jeeps, ein dynamischer Mann in Bioni-Anzug, Ce-rutti-Schuhen, Ray Ban-Sonnenbrille und einer YSL-Krawatte steigt aus und fragt ihn: „Wenn ich errate, wie viele Schafe Sie haben, bekomme ich dann eins?“

Der Schäfer schaut den Mann an, dann seine friedlich grasenden Schafe und sagt ruhig: „In Ordnung.“

Der Mann parkt den Jeep, verbindet sein Notebook mit dem Handy, geht im Internet auf eine NASA-Seite, scannt die Gegend mit Hilfe eines GPS-Satellitennavigationssystems ein, öffnet eine Datenbank und 60 Excel Tabellen mit einer Unmenge von Formeln und Daten. Schließlich druckt er einen 150-seitigen Bericht auf seinem Hightech-Mini-Drucker aus, dreht sich zu dem Schäfer und sagt: „Sie haben exakt 1586 Schafe.“

Der Schäfer sieht den Mann gelassen an und sagt dann ruhig: „Das ist richtig. Suchen Sie sich ein Schaf aus!“

Nach mehreren wechselnden Entscheidungen greift sich der Mann ein Tier und lädt es in seinen Jeep.

Der Schäfer schaut zu ihm und sagt: „Wenn ich nun Ihren Beruf errate, geben Sie mir dann das Tier zurück?“

Der Mann antwortet: „Klar, warum nicht.“ Der Schäfer sagt: „Sie sind Qualitätsmanager!“

„Das ist richtig, woher wissen Sie das?“, will der dynamische Mann wissen.

„Sehr einfach“, sagt der Schäfer. „Erstens

kommen Sie hierher, obwohl Sie niemand hergerufen hat. Zweitens wollen Sie ein Schaf als Bezahlung dafür haben, dass Sie mir etwas sagen, was ich ohnehin schon weiß. Und drittens haben Sie keine Ahnung von dem, was ich hier mache, denn Sie haben sich meinen Hund ausgesucht.“

Schäfer